

## Protokoll

43. Sitzung (nicht öffentlich)

13. Mai 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dautzenberg (CDU)

Stenograph : Berger

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1. **Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im  
Rechnungsjahr 1991**

1

Antrag des Finanzministers

Drucksache 11/5340

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt dem Antrag des Finanzministers (Drucksache 11/5340) mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.E.P. bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN zu.

Berichterstatterin Abgeordnete Heidi Berger  
SPD.

2. **Kassen- und Haushaltsabschluß 1992**

4

Vorlage 11/2154

Der Ausschuß ist einvernehmlich - bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN - der Meinung, daß dieser Punkt bis zur nächsten Sitzung vertagt wird.

**3. Einrichtung von Leerstellen** 5

Vorlagen 11/2115, 11/2153 und 11/2157

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt den Anträgen des Finanzministers (Vorlagen 11/2115, 11/2153 und 11/2157) einstimmig - bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN - zu.

**4. Stand der Verhandlungen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich** 6

Vorlage 11/2151

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Landesregierung entgegen und führt darüber eine Diskussion.

**5. Börsenwesen** 9  
**a) Allgemeine Situation des Börsenwesens**

Bericht des Finanzministers

**b) Die Regionalbörsen stärken -  
Handelsverband der Makler der Deutschen  
Wertpapierbörsen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/5402

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/5444

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 11/5402 - wird unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der CDU-Fraktion als gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. mit der Überschrift "Die Regionalbörsen stärken" in folgender Fassung angenommen:

"Die Rheinisch-Westfälische Börse sowie die anderen Regionalbörsen müssen gestärkt werden.

1. Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, im Rahmen der Verhandlungen über die anstehende Börsengesetzreform darauf zu drängen, daß

a) die Möglichkeit der Errichtung eines Handelsverbundes unter den skontroführenden Maklern der deutschen Wertpapierbörsen im Gesetz vorgesehen wird und

b) die bestehende Organisation des EDV-Handels (des Integrierten Börsenhandels- und Informations-Systems "IEIS") rechtlich unverändert bleibt.

2. Der Landtag ist sich bewußt, daß

bei der Umsetzung der von den Börsenfachministern empfohlenen Regelung zu der Kosten der Börsenaufsicht alle Gesichtspunkte zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Regionalbörsen sorgfältig zu beachten sind."

(einstimmig bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN)

Berichterstatter Abgeordneter Günther Harms  
SPD.

In einer späteren Ausschußsitzung wird die Problematik mit einigen, gezielt ausgewählten Sachverständigen auf der Basis des beschlossenen gemeinsamen Antrages erörtert.

6. **Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a GG;** 16  
**hier: 23. Rahmenplan nach dem Hochschulbau-**  
**förderungsgesetz (HBFG)**

Vorlage 11/2047

Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt einstimmig bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN, die Vorlage 11/2047 zur Kenntnis zu nehmen, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter Abgeordneter Franz Riscop CDU.

7. **Gesetz zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes,** 17  
**zur Änderung des Ausschlußmitglieder-Entschädigungs-**  
**gesetzes sowie zur Änderung anderer dienstrechtlicher**  
**Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5392

und

8. **Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes des**  
**Landes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5207

Der Haushalts- und Finanzausschuß lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig ab.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 11/5392) wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion in Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig angenommen.

Berichterstatter Abgeordneter Rudolf Wickel  
F.D.P.

9. **Gesetz über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer (WPVG NW)**    18

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5393

Die abschließende Behandlung wird zurückgestellt.

Der Ausschuß ist bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN der Auffassung, daß der Gesetzentwurf noch mit Betroffenen erörtert werden soll.

10. **Verschiedenes**    20

- a) **Gutachten/Organisationsuntersuchungen**    20

Der Ausschuß kommt überein, daß das Material nur den ordentlichen Ausschußmitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

- b) **Nachtragshaushalt**    20

Der Ausschuß nimmt die Terminplanung für die Beratung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1993 zur Kenntnis.

**c) Parlamentarischer Abend der Bankenvereinigung 21**

Der Ausschuß nimmt zur Kenntnis, daß der Parlamentarische Abend der Bankenvereinigung am 9. November 1993 um 16.30 Uhr stattfindet.

7. Gesetz zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschlußmitglieder-Entscheidungsgesetzes sowie zur Änderung anderer dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5392

und

8. Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5207

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß der Gesetzentwurf der Landesregierung am 6. Mai 1993 vom Plenum ausschließlich an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen worden sei. Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN sei am 25. März 1993 vom Plenum an den Ausschuß für Innere Verwaltung - federführend -, an den Verkehrsausschuß und an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen worden.

In der letzten Sitzung am 22. April habe der Haushalts- und Finanzausschuß den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN anberaten. Nachdem aus dem Finanzministerium erklärt worden sei, daß die Landesregierung die Einbringung eines Gesetzes beschlossen habe, das die von der Fraktion DIE GRÜNEN beabsichtigte Regelung auch enthalte, habe der Ausschuß die weitere Beratung der Drucksache 11/5207 einstimmig vertagt, um sie mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu verbinden.

In der Formulierung und damit auch in den beabsichtigten Anspruchsvoraussetzungen unterschieden sich die beiden Gesetzentwürfe dadurch, daß DIE GRÜNEN eine Entschädigung auch dann gewähren wollten, wenn der Weg zu Fuß zurückgelegt werde. Er gehe davon aus, daß dies nicht die Zustimmung der anwesenden Fraktionen finden werde. Wenn der Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN anwesend wäre, würde es sich anbieten, ihn zu bitten, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Nunmehr müsse aber eine Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN erfolgen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig ab.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 11/5392) wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion in Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig angenommen.

Berichterstatte Abgeordneter Rudolf Wickel F.D.P.

**9. Gesetz über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer (WPVG NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5393

Der Vorsitzende sagt, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei am 6. Mai vom Plenum ausschließlich an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen worden.

Auf die Frage des Abgeordneten von Unger (CDU), ob es sinnvoll sei, eine Öffnungsklausel vorzusehen, antwortet Regiergungsdirektor Dr. Siegel (Finanzministerium), es sei theoretisch möglich, das Versorgungswerk auch für andere Länder zu öffnen. Er möchte aber davon abraten, da dies andere Länder nicht sehr gerne sehen würden.

Auf den Hinweis des Abgeordneten von Unger (CDU), daß es nur darum gehe zu öffnen, wenn andere beitreten wollten und dies kein Muß sei, antwortet RDir Dr. Siegel (FM), es gebe in der Bundesrepublik über 60 Versorgungswerke. Ihm sei nicht bekannt, daß derartige Öffnungsklauseln dort vorgesehen seien.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) meint, daß eine Öffnungsklausel doch möglich sein könnte, wenn man überlege, daß es andere Länder gebe, die das allein nicht schaffen könnten.